Bezugspreis:
Monatlich in Neuenbürg RM. 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen inländischen Verkehr RM. 1.88 mit Postbestellgebühr. Presse freibleibend. Preis einer Nummer 10 Rpf.
In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen und Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler

ANZEIGER FÜR DAS ENZTAL UND UMGEBUNG

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Rpf., Reklamezeile 80 Rpf. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Rpf. Bei größerem Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn die Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Gerichtsstand für beide Teile ist Neuenbürg. Für telef. Aufträge wird keine Gewähr übernommen.
Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber Fr. Biesinger). Für die Schriftleitung verantwortlich Fr. Biesinger in Neuenbürg.

Nr. 39 | **Donnerstag den 16. Februar 1933** | **91. Jahrgang**

Reichskanzler Hitler in Stuttgart

Fackelzug der SA. — Kundgebung auf dem Marktplatz — Die Rundfunkrede des Reichskanzlers in der Stadthalle unterbrochen

Stuttgart, 15. Febr. Reichskanzler Adolf Hitler traf heute nachmittag mit dem Flugzeug aus Berlin im Flughafen Böblingen ein und begab sich nach kurzem Aufenthalt in Böblingen sofort im Auto nach Stuttgart, wo er im Hospiz Viktoria Wohnung nahm. Die Nationalsozialisten hatten zum Empfang ihres Führers ihre Wohnungen in großer Zahl beflaggt. Bei Einbruch der Dunkelheit versammelte sich die gesamte Stuttgarter SA. beim Braunen Haus, um ihren Führer durch einen Fackelzug zu ehren. In strammem Paradeschritt zogen die SA.-Leute vor dem Hospiz Viktoria in der Friedrichstraße an Hitler vorbei. Reichskanzler Hitler schaute dem Vorbeimarsch von einem Fenster des 1. Stocks des Hotels zu und dankte den einzelnen Formationen mit dem Faschistengruß. Vor dem Hotel hatte sich während des Vorbeimarsches eine große Menschenmenge angesammelt, die Reichskanzler Hitler stürmische Ovationen bereitete und nach dem Vorbeizug das Deutschland-Lied anstimmte. Der Fackelzug bewegte sich durch verschiedene Straßen der Stadt und endete auf dem Marktplatz.

Da zu der Hitlerkundgebung in der Stadthalle von der Polizei nur 7000 Personen eingelassen wurden, versammelte sich die SA. nach ihrem Vorbeimarsch auf dem Marktplatz, wo ein Groß-Lautsprecher zur Uebertragung der Hitler-Rede aufgestellt worden war. In der Stadthalle selbst hatte nur die SS. Aufstellung genommen. Mit der SA. war auf dem Marktplatz eine vieltausendköpfige Menschenmenge erschienen, die ebenfalls die Uebertragung der Hitler-Rede anhören wollte. Der Marktplatz war von über 10 000 Menschen dicht gedrängt voll. Die Uebertragung der Rede war klar und deutlich. Plötzlich um ¼10 Uhr setzte jedoch infolge einer Störung die Uebertragung aus. Die zwei SA.-Kapellen spielten darauf verschiedene Märsche. Mit dem gemeinsamen Gesang des Deutschland-Liedes und des Horst Wessel-Liedes schloß die Kundgebung auf dem Marktplatz. In der Eßlingerstraße gerieten Kommunisten und Nationalsozialisten aneinander, wobei von nationalsozialistischer Seite mehrere Schüsse fielen. Ein Kommunist erhielt einen Kopfschuß, ein anderer einen Oberschenkelschuß. Die Polizei stellte die Ruhe wieder her.

Reichskanzler Hitler wird morgen mit dem Flugzeug nach Berlin zurückkehren.

Dr. Göbbels spricht im Rundfunk

Ehe Reichskanzler Adolf Hitler heute abend in der Stadthalle sprach, erstattete der Reichspropagandaleiter Dr. Göbbels für die Rundfunkhörer in Württemberg und Baden einen Tatsachenbericht, indem er nach Begrüßung der Rundfunkhörer darauf hinwies, daß es sich darum handle, zu hören, was der Reichskanzler über die deutsche Gegenwartsnot und die deutsche Zukunft zu sagen hat, was die nationalsozialistische Bewegung will, welche großen Maßnahmen sie vor hat, um Deutschland aus seiner Erniedrigung aufzurichten. Der Redner erwähnte, daß draußen auf den Straßen Tausende und Zehntausende stehen, daß auf dem Marktplatz die Massen sich stauen, um dem Reichskanzler ihr jubelndes Heil zuzurufen. Auch in einzelnen Städten von Württemberg und Baden haben sich die Massen teils auf Plätzen teils in Sälen versammelt, um den Reichskanzler durch den Rundfunk zu hören. Mindestens zwei Millionen Menschen werden ihn jetzt vernehmen. Zum Schluß seines Stimmungsbildes, das wiederholt von Musik unterbrochen war, gab der Redner noch eine Schilderung der Person des Reichskanzlers. In diesem Augenblick vernahm man enthusiastische, nicht endenwollende Heilrufe, mit denen Reichskanzler Adolf Hitler um 8.20 Uhr beim Betreten des Saales begrüßt wurde.

Die Kanzler-Rede

Hitlers Rede galt vor allem einer leidenschaftlichen Polemik gegen die Ausführungen des württembergischen Staatspräsidenten Dr. Bolz, wobei der Kanzler seine bekannten Vorwürfe gegen die Regierungen der letzten vierzehn Jahre wiederholte, und u. a. erklärte, wenn auch in der Außenpolitik im Laufe der letzten Jahre eine Wendung zum Besseren eingetreten sei, sei dies nur der Bewegung des jungen Deutschland zu verdanken. Wenn in Genf heute vor allem ein Volk mit uns kämpfe, so sei diese Freundschaft von dieser Bewegung geschaffen.

Wenn heute das Zentrum rufe, die Religion sei in Gefahr, so seien jetzt überzeugte Christen an der Spitze der Regierung; dagegen hätten in der Theorie christliche Parteien mit Gottesleugnern zusammen in der Regierung gesessen, trotzdem sie seit dem September 1930 die Möglichkeit zu anderen Regierungsmehrheiten gehabt hätten. Ich frage, ob die Wirtschaftspolitik des überwundenen Systems christlich war. War die Inflation ein von Christen zu verantwortendes Unterfangen oder ist die Zerstörung deutscher Lebensstände, des deutschen Bauern, und Mittelstandes christlich gewesen? Diese Parteien können nicht bestreiten, daß sie in 14 Jahren die deutsche Wirtschaft zugrunde gerichtet haben. Der deutsche Bauer ist dem Ruin entgegengeführt worden und wir haben heute sieben bis acht Millionen Arbeitslose. Wenn diese Parteien nun sagen, wir wollen nur noch ein paar Jahre regieren, damit wir es besser machen können, so sagen wir: Nein, jetzt ist es zu spät, dazu hattet ihr 14 Jahre lang Zeit, und ihr habt versagt! Wir müssen diese Parteien fragen, ob das, was in diesen 14 Jahren angerichtet wurde, ihr Programm war.

Wenn wir jetzt den Schaden gutmachen und binnen vier Jahren die öffentlichen Finanzen in Reich, Ländern und Gemeinden wieder in Ordnung bringen wollen, dann erfordert das einen Betrag von etwas über 19 Milliarden. (Hört! Hört!) Was die Herren an Rettungsmitteln in letzter Zeit empfahlen, war unserem Gedankengut entnommen, aber schlecht und unvollkommen übernommen. Das gilt vom Arbeitsdienst und anderen Aufbauprogrammen.

Ich kann diesen Vertretern eines verkehrten Systems nur eine Versicherung geben: dieselbe Entschlossenheit und Beharrlichkeit, die wir anwandten, um 14 Jahre lang diese Millionenbewegung zu gestalten, werden wir weiter anwenden, um das heutige Deutschland wieder aus dem Elend emporzuheben zu neuer Größe.

Wir sind überzeugt, daß die Gesundung unseres Volkes ausgehen muß von der Gesundung des Volkskörpers selbst.

Unsere Kraft liegt nicht in weltwirtschaftlichen Illusionen, unsere Kraft liegt in uns und in unseren Grundsätzen, die wir praktisch anwenden wollen auf allen Gebieten des Lebens. Es ist ein unerhörtes Programm, das wir besitzen und über das sich auch Herr Bolz nicht täuschen soll. Ein Programm, das nicht in ein paar eitlen Versprechungen besteht. Sonst könnte ich einfach sagen: gebt mir euer Vertrauen und bis Mitte Juni ist Deutschland gerettet! Das wäre keine lange Frist, aber es wäre eine Lüge. Das ist ja die Methode der bisherigen Parteien gewesen, von einer Notverordnung zur andern die Rettung zu versprechen und immer wieder ein neues Gaukelspiel, eine neue Fata Morgana, erstehen zu lassen. Ich habe in den 14 Jahren das nicht getan. Ich habe nur immer gesagt zu meinen Anhängern, einmal werdet ihr Deutschlands Zukunft bestimmen. Sie sind mir gefolgt in der Hoffnung, da die Richtigkeit unserer Ideen sich bewähren wird. 14 Jahre waren notwendig, bis uns der Weg zur Verwirklichung dieser Ideen freigegeben wurde. Nun, deutsches Volk, appelliere ich an dich! Du hast den anderen 14 Jahre Zeit gegeben, du hast gesehen, was sie leisteten, nun gib mir vier Jahre Zeit! (Lebhafter Beifall.)

Ich werde mir keine Villa in der Schweiz bauen (Heiterkeit), ich werde auch keine Fonds zur Bekämpfung des Verbrechertums für mich wegnehmen (sehr gut). Ich tue es auch in diesem Wahlkampf nicht. Nach 4 Jahren soll man urteilen, ob dann die Politik des deutschen Zerfalls aufgehört hat und Deutschland wieder emporsteigt. Ich habe 14 Jahre lang gekämpft für das deutsche Volk, ich bin dafür ins Gefängnis gekommen, aber ich habe den Kampf durchgehalten und bin jetzt gerechtfertigt (Beifall).

Nur um vor Gott und der Nation mein eigenes Gewissen zu entlasten, sage ich dem deutschen Volk, es möge entscheiden. Ich wollte nicht an die Arbeit gehen, ehe das deutsche Volk gesprochen hat. Allerdings muß ich auch bekennen, daß ich entschlossen bin, mit meinen Verbündeten, unter keinen Umständen das deutsche Volk zurückfallen zu lassen in dieses Regiment. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ich bin bereit, jedem die Hand zu geben, auch wenn er uns früher nicht verstand, wenn er in unserer Bewegung wirken will, allein ich werde das Errungene auch zu wahren wissen vor denen, die in 14 Jahen bewiesen haben, daß sie Deutschland nur vernichten konnten. Wir wollen das alles aber noch einmal der Nation zur Prüfung vorlegen. Ich möchte nur zum allmächtigen Gott hoffen, daß er den Millionen unserer Volksgenossen noch einmal das Auge öffnet, auf daß sie selbst uns diesen schweren Weg erleichtern. (Beifall.)

Ich habe dieses Amt nicht übernommen, um mich persönlich zu bereichern (Beifall). Ich will gar nichts für mich. Ich weiß, ich bin der bestgehaßte Mann des deutschen Volkes, weil ich diese ganzen Jahre hindurch nichts anderes kannte als dieses Volk allein, werde ich heute verleumdet und verhaßt. Ich nehme es aber ruhig auf mich, mögen sie gegen mich tun, was sie wollen, aber Deutschland darf nicht wieder zurücksinken in die Hand seiner Verderber (Beifall). In diesen Wochen bitte ich den Allmächtigen nur darum, er möge uns immer stark und mutig sein lassen, er möge uns bewahren davor, jemals aus Angst, Opportunität oder Rücksicht auf Erleichterung unserer Arbeit feige zu werden. Im übrigen liegt dann unser Leben in seiner Hand. Unser Wille aber wird immer der gleiche sein und ich bin der Ueberzeugung, daß dieser Wille, der sich durch gar nichts brechen läßt, eines Tages fähig sein wird, auch die deutsche Not zu zerbrechen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall und Heilrufe.)

Mit einem dreifachen Heil auf Deutschland und seinen Führer wurde die Versammlung geschlossen.

Unterbrechung der Kanzlerrede im Rundfunk

Stuttgart, 15. Febr. Etwa um 9.15 Uhr trat in der Rundfunkübertragung der Rede des Reichskanzlers aus der Stadthalle auf den Mühlacker Sender plötzlich eine Unterbrechung ein, die bis zum Schluß der Rede gegen ¼10 Uhr anhielt.

Ein Sabotageakt

Der Süddeutsche Rundfunk gibt bekannt:

Nach amtlichen Feststellungen ist die postalische Leitung zwischen der Stadthalle und dem Telegraphenamt bei der Werderstraße Nr. 29 mit einem Beil durchschlagen worden. Die technischen Einrichtungen befanden sich in einwandfreier Ordnung.

Die Täter — denn es werden wohl ihrer mehrere gewesen sein — haben zu ihrem Anschlag einen sogenannten Kabelbrunnen benützt. „Kabelbrunnen" sind diejenigen Stellen, an denen das Kabel in einem zu öffnenden Schacht verlegt ist, damit auf diese Weise wenn nötig Reparaturen vorgenommen werden können. Die Durchschneidung des Kabels hatte zur Folge, daß mit der Rundfunkübertragung gleichzeitig sämtliche Fernsprechzuleitungen zur Stadthalle unterbrochen wurden.

Wie wir von unterrichteter Seite hören, ist dem Südfunk von der in einem Teil der Berliner Presse verbreiteten Mitteilung, daß die SA. rechtzeitig dagegen protestiert habe, daß die postalische Leitung von der Stadthalle zum Sender zum Teil oberirdisch verlaufe, und daher die Gefahr einer Störung vorliege, nichts bekannt. Dagegen soll der Reichspost eine SA.-Abteilung zu Bewachungszwecken zur Verfügung gestellt worden sein; ob dieses Angebot von der Reichspost angenommen oder abgelehnt worden ist, und ob dieses Angebot überhaupt in dieser Form erfolgt ist, läßt sich jedoch in den vorgerückten Nachtstunden nicht feststellen.

Der Polizeibericht

Stuttgart, 15. Febr. Vom Polizeipräsidium wird mitgeteilt: Die Veranstaltungen anläßlich der Anwesenheit des Reichskanzlers in Stuttgart — Kundgebung in der Stadthalle, Fackelzug, Uebertragung der Rede auf den Marktplatz — sind ohne Zwischenfälle verlaufen.

Bei der Uebertragung der Rede des Herrn Reichskanzlers aus der Stadthalle auf den Rundfunk kam es kurz vor Schluß der Kundgebung zu einer Störung. Das Kabel, durch das die Stadthalle mit dem Telegraphenbauamt verbunden ist, wurde in der Nähe der Stadthalle in einem Hof der Werderstraße an einer Stelle, an der es oberirdisch an einer Hauswand entlangläuft, mit einer Axt durchschlagen, sodaß die Uebertragung auf den Rundfunk unterbrochen wurde. Die näheren Erhebungen sind durch Beamte des Telegraphenbauamts und der Kriminalpolizei aufgenommen worden.

Der neue Vollstreckungsschutz

w. **Berlin**, 15. Febr. Die Verordnung des Reichspräsidenten über den landwirtschaftlichen Vollstreckungsschutz vom 14. 2. 1933 beschränkt sich im wesentlichen auf die folgenden zwei Sätze:

1. Zwangsversteigerungen landwirtschaftlicher Grundstücke dürfen vorbehaltlich der in der Ausführungsverordnung zu bestimmenden Ausnahmen in der Zeit bis zum 31. Oktober 1933 nicht durchgeführt werden.

2. Zwangsvollstreckungen in das bewegliche Betriebsvermögen des Landwirtes und in seinen und seiner Familie Hausrat sind vorbehaltlich der in der Ausführungsverordnung zu bestimmenden Ausnahmen bis zum 31. Oktober 1933 nicht zulässig.

Die Aenderungen, die sich gegenüber dem gegenwärtigen Rechtszustand aus der Verordnung des Reichspräsidenten und der Ausführungsverordnung ergeben, sind folgende:

1. Allgemeine Norm für die Immobiliar-Zwangsversteigerungen: einstweilige Einstellung des Verfahrens kraft Gesetzes bis zum 31. Oktober 1933 (und zwar auch dann, wenn der Zuschlag bei Inkrafttreten der Verordnung schon erteilt, aber noch nicht rechtskräftig war) — vorzeitige Fortsetzung des Verfahrens nur auf Antrag des Gläubigers, und zwar unter folgenden Ausnahmen bestanden:

a) Nichterfüllung der nach Inkrafttreten der Verordnung fälligwerdenden Annuitäten der ersten Hypotheken — Gegenstatbestand: natürlicher Notstand (Unwetterschäden usw.) oder wirtschaftlicher Notstand infolge Preiskonjunkturverhältnisse;

b) Betreibung des Verfahrens wegen Forderungen aus Betriebskostenkrediten, beziehungsweise aus Lieferungen oder Leistungen für die Erntejahre 1932 oder 1933 — ebenfalls Gegentatbestand: natürlicher oder wirtschaftlicher Notstand wie zu a);

c) nicht ordnungsmäßige Wirtschaftsführung;

d) Aussichtslosigkeit der Entschuldung bei den aus dem Osthilfeverfahren entlassenen Grundstücken;

2. Beschränkung der Mobiliarzwangsvollstreckung ebenfalls bis zum 31. Oktober 1933: Ausdehnung des Vollstreckungsschutzes auf das gesamte zum Betriebe gehörige bewegliche Vermögen einschließlich des Hausrates (mit Ausnahme von Luxusgegenständen);

Gruppierung der Forderungen in a) privilegierte, b) nichtprivilegierte, denen die Mobiliarvollstreckung in das unter Vollstreckungsschutz stehende Vermögen ganz versagt ist;

Scheidung der privilegierten Forderungen in:

a) solche, aus denen in das geschützte Betriebsvermögen vollstreckt werden kann, bei denen aber der Vollstreckung der Einwand des Notbedarfes entgegengesetzt werden kann (insbesondere Betriebskredite und Lieferungen und Leistungen für die Erntejahre 1932 und 1933, die laufenden Annuitäten der ersten Hypotheken, Steuern und Sozialabgaben, soweit sie für die Zeit seit dem 1. April 1932 geschuldet werden);

b) solche, deren Vollstreckung nur den sich aus den allgemeinen Gesetzen ergebenden Beschränkungen unterliegt (insbesondere laufende gesetzliche Unterhaltungsansprüche, Lohnforderungen auch für die Vergangenheit, die laufenden Sachversicherungsprämien);

c) Beschränkungen der Pflicht zur Ableistung des Offenbarungseides.

3. Besondere Vorschriften über Zwangsvollstreckung gegen Siedler insbesondere aus Räumungsurteilen.

Das belgische Kabinett zurückgetreten

Brüssel, 15. Februar. Ministerpräsident Broqueville hat die Demission des Kabinetts erklärt. Bei einer belanglosen Abstimmung über die Ungültigkeitserklärung bei der Gemeindewahl geriet die Regierung durch das Zusammengehen einiger Liberaler mit den Sozialisten mit 72 gegen 82 Stimmen in die Minderheit. Man nimmt an, daß tiefere Gründe, die in der katholisch-liberalen Zusammenarbeit liegen, den Ministerpräsidenten zu seiner Rücktrittserklärung veranlaßt haben.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Große Politik

Rom, den 14. Februar 1933.

In Deutschland wird man gut tun, rechtzeitig die Blicke von der Innenpolitik wegzulenken und sie auf die Außenpolitik hinzurichten, die augenblicklich von den verschiedenen Zentralen des in Spannungsherde aufgeteilten Europas betrieben wird. In Rom ist man hellhöriger als anderswo, und deshalb ist der Posten eines römischen Beobachters vielleicht im Augenblick am meisten geeignet, einen Ueberblick über die verwickelten Fäden zu gewinnen, die jetzt gerade gezogen werden. Die faschistische Presse nimmt seit einigen Tagen kein Blatt vor den Mund. Das Wort „Kriegsgefahr", das auf Geheiß Mussolinis einige Jahre lang verschwunden war, ist jetzt auf einmal wieder in den Vordergrund gerückt. Was ist passiert?

Italien fühlt sich von zwei Seiten her bedroht. Auf der einen Seite stellt man mit immer größerem Unbehagen fest, daß die südslawische Diktatur die auseinanderstrebenden Teile Groß-Serbiens kaum noch zusammenhalten kann, und daß sich in gewissen Belgrader Kreisen die Tendenz verstärkt hat, den drohenden innerpolitischen Zerfall durch ein außenpolitisches Abenteuer abzuwenden. Mag es sich hier auch um eine Gespensterseherei handeln, es kann nicht geleugnet werden, daß das südslawische Problem von Jahr zu Jahr für Italien dringlicher wird, und daß man allen Grund hat, mit wachsamer Aufmerksamkeit auf das vereinigte Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen zu sehen. Denn dieses Königreich unter der Diktatur des Geheimbundes der „weißen Hand" hat an Frankreich einen mächtigen Rückhalt, und dieses Frankreich ist es, was Italien auf der anderen Seite beunruhigt. Herriot, der gewesene und über kurz oder lang auch wieder der kommende Ministerpräsident, reist umher und redet von einem angeblichen Geheimvertrag zwischen Italien, Deutschland und Ungarn. Mussolini, ohne dessen Anweisung die faschistische Presse keine Stellung zu außenpolitischen Fragen nimmt, hat diesmal allerschärfste Tonart befohlen. Jetzt muß es Herriot erleben, der doch schließlich noch immer kein französischer Privatmann ist, daß ihm unzweideutig die finanzielle Hörigkeit im Dienste der französischen Rüstungsindustrie vorgeworfen wird, die durch ihre Machenschaften jede Abrüstung verhindere und auf einen neuen Krieg hinsteuere. Der Chefredakteur des halboffiziösen „Giornale d'Italia" wirft Herriot offen vor, er sei „von der Bankengruppe des Credit Lyonnais unterstützt, die gleichfalls stark in der französischen Metallindustrie engagiert ist".

Frankreichs neuer Botschafter de Jouvenel hat keinen leichten Stand. Herriot hat ihn nach Rom geschickt, um die italienisch-französischen Beziehungen zu vereinigen. Derselbe Herriot aber hat diese Beziehungen denkbar verschärft, und die antifranzösische Stimmung in Italien war vielleicht noch niemals so ausgesprochen, wie gerade jetzt. Denn es geht ja Italien nicht nur um ein gutes Verhältnis zu Deutschland und Ungarn. Gewiß hat Italien an dieser deutsch-italienisch-ungarischen Freundschaft ein starkes Interesse, es ist jedoch dem Kenner des modernen Italiens geradezu absurd, anzunehmen, daß Mussolini militärische Geheimverträge in fester Form und Gestalt abschließen würde. Nirgendwo wird Außenpolitik so nüchtern und unromantisch betrieben wie in Rom und solange der europäische Schwebezustand anhält, der alle Möglichkeiten offen läßt, schließt man hier keine Geheimverträge von bindender Wirkung und weltpolitischer Bedeutung ab. Der einzige Geheimvertrag, den Italien tatsächlich getätigt haben dürfte, ist ein Vertrag mit Rußland, über dessen Inhalt sich jedoch auch nichts näheres sagen läßt und der wahrscheinlich mehr die Frage einer militärischen Rohstoffversorgung als einer direkten Bündnishilfe regelt. Dieser italienisch-russische Geheimvertrag sollte Hitler zum Beispiel dienen wie man sehr wohl innenpolitisch die Kommunisten niederhalten, ja vernichten kann, ohne die wichtige außenpolitische Karte Sowjet-Rußland aus der Hand zu geben.

Denn Frankreich ist drauf und dran, diese Karte gegen Deutschland auszuspielen. Die französische Presse, die hier in Rom mit allergrößter Aufmerksamkeit studiert wird, hat das Wort von der drohenden Kriegsgefahr aufgegriffen und bemüht sich mit allen Kräften, Rußland zu hofieren. Litwinow, der russische Außenminister und Genfer Vertreter, ist über gewisse Aeußerungen Hitlers verschnupft. Rußland fürchtet heute eine deutsch-englische Annäherung mit der Spitze gegen Moskau und kommt seinerseits Frankreich entgegen. Deutschland hat in einem solchen Falle nichts von Italien zu erwarten, denn Mussolini denkt nicht daran, aus irgendwelchen innenpolitischen Ressentiments es mit Rußland zu verderben. Im Augenblick, wo man in Warschau begriffen haben wird, daß die Beziehungen zwischen Paris und Moskau den Grad einer bisher unerreichten Herzlichkeit angenommen haben, wird eine großzügige polnische Gegenoffensive gegen die deutsche Revisionspolitik einsetzen. Rußland, das müssen uns leider italienische Zeitungen vorhalten, wird nicht davor zurückschrecken, wieder einmal die panslawistische Flöte zu blasen, wenn es ein deutsch-englisches Bündnis heraufdämmern sieht. Frankreich ist sich Polen und der kleinen Entente nach wie vor sicher. Es könnte also sein, daß Deutschland über Nacht einem russisch-französisch-südslawisch-polnischen Block gegenübersteht. Die Gesinnungsverwandtschaft mit dem Faschismus würde dem Nationalsozialismus nicht das mindeste helfen. Denn Mussolini ist viel zu schwach, um ohne England den Kampf nach mehreren Fronten zu führen. England aber ist mit sich selbst beschäftigt und wird allenfalls versuchen, Deutschland gegen Rußland auszuspielen. Aus zahlreichen Gesprächen mit faschistischen Politikern hat die deutsche Kolonie, soweit sie politisch zu denken vermag, durchaus den Eindruck erhalten, daß Mussolini viel eher eine deutsch-russische Verständigung, als eine deutsch-englische vorschwebt. Auf dem Volta-Kongreß des vergangenen Jahres dürfte Mussolini dies wohl auch den anwesenden Deutschen, Seldte und Göring, klargemacht haben. Hitlers Außenpolitiker Rosenberg, der als Balte auf England schwört, hat damals keine gute Figur gemacht. Jedenfalls, das sieht man in Rom aus der Nervosität des Faschismus sehr deutlich, ist Frankreich aus seiner Isolierung längst herausgetreten und im Angriff auf Deutschland. Hoffentlich erlebt die neue deutsche Regierung hier keine Ueberraschungen, sondern baut vor.

Konferenz der Ministerpräsidenten

w. **Berlin**, 15. Febr. **Bei der heute nachmittag in der bayerischen Gesandtschaft abgehaltenen Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten der Länder Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Thüringen und Hessen sowie der Vertreter der Hansestädte fand eine eingehende Aussprache statt. Aufgrund dieser Aussprache kann mit der Möglichkeit eines Mehrheitsbeschlusses in der morgigen Vollsitzung des Reichsrates gerechnet werden in einer Formulierung, die im einzelnen noch nicht feststeht. Im übrigen wird über die Verhandlungen strengste Vertraulichkeit bewahrt.**

Bei den Verhandlungen der Ministerpräsidenten der süddeutschen Länder und von Sachsen und Thüringen, sowie der Vertreter der Hansestädte, die heute mittag in der bayerischen Gesandtschaft stattfand, ergab sich, wie das Nachrichtenbüro des VdZ. erfährt, hinsichtlich der grundsätzlichen Frage volle Einmütigkeit. Es kam dabei zum Ausdruck, daß man vonseiten des Reichsrats nicht erwarten könne, daß er sich ohne weiteres mit der Ernennung von Bevollmächtigten durch die Reichskommissare zur Vertretung des Landes Preußen abfinde. Es besteht ferner darüber Einmütigkeit, daß man jedoch im gegenwärtigen Zeitpunkt bestehende Meinungsverschiedenheiten nicht auf die Spitze treiben wolle. Man war sich auch darüber einig, daß es in diesem Augenblick mit Rücksicht auf den anhängigen Rechtsstreit vor dem Staatsgerichtshof keinen Zweck habe, Sitzungen im Reichsrat abzuhalten, sondern daß man bestrebt sein will, die Sitzungen möglichst zu vertagen, um die Streitfrage durch den Staatsgerichtshof aus der Welt schaffen zu lassen, soweit es sich nicht um unaufschiebbare besonders dringliche Angelegenheiten handelt. Dabei war man der Ansicht, daß auch bei solchen besonders wichtigen Angelegenheiten die spätere Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Rechtsgültig gefaßter Beschlüsse beeinträchtigen könnte. In welchem Maße aber dem Wunsche nach Nichttagung des Reichsrates in der morgigen Sitzung des Reichsrats Ausdruck gegeben werden solle, darüber gingen die Meinungen auseinander. Es wird jedoch in Kreisen der beteiligten Länder angenommen, daß auch hierüber in der Vollsitzung ein Mehrheitsbeschluß zustande kommen wird.

Wie die Wirtschaft durch Politik gestört wird

Dem Bericht der Handelskammer Karlsruhe zufolge ging die Hotelindustrie im Jahre 1932 gegenüber 1929 ihrem Umsatze nach um 60 Prozent zurück. Dieser Umsatzschwund wird nicht so sehr durch die allgemeine wirtschaftliche Lage, als vielmehr vor allem durch die politischen Unruhen begründet. Dadurch sei nämlich das deutsche und insbesondere das ausländische Publikum vom Reisen innerhalb Deutschlands abgehalten worden. Die derzeitige Lage des Hotelgewerbes muß selbstverständlich als sehr bedenklich bezeichnet werden.

Das „glückliche" Deutschland

Amerika hat lange Zeit falsche Angaben über die Zahl seiner Arbeitslosen gemacht. Nachdem nun mehrfach gegen Arbeitslosenunruhen mit Giftgasangriffen vorgegangen wurde, bequemt sich das amtliche Amerika zu der Feststellung, daß in den Vereinigten Staaten 17 Millionen Menschen ohne Arbeit leben. Das seien 42 Prozent aller Erwerbstätigen der Vereinigten Staaten. Deutschland zählt zur Zeit 18,6 Millionen Erwerbstätige. Rund 6 Millionen sind davon ohne Arbeit. Demnach sind in Deutschland rund 32 Prozent aller Erwerbstätigen der Arbeitslosigkeit verfallen, während Amerika 42 Prozent aufweist. Trotz allen Elendes ist also Deutschland im Verhältnis zu Amerika „noch glücklich zu nennen".

Aus Stadt und Land

Neuenbürg, 16. Febr. „Es muß doch Winter werden!" Fast will es scheinen, als ob der Dichter mit seiner Prophezeiung in der letzten Samstag-Ausgabe doch Recht bekäme. Seit heute früh fällt, vorerst noch zaghaft, Neuschnee. Da auch das Thermometer unter Null steht, wären die Voraussetzungen für eine kurze Wintersaison gegeben. Es warten viele darauf, am allermeisten die Wintersportplätze.

Neuenbürg, 13. Febr. Der Bezirksverband der landwirtschaftl. Genossenschaften des Oberamts Neuenbürg hielt am letzten Sonntag nachmittags im „Bären" seine alljährliche Bezirksversammlung. Von den dem Verband angehörenden 25 Vereinen waren 21 mit 100 Einzelmitgliedern vertreten. Bezirksobmann Bürgermeister Lenz-Arnbach begrüßte die erschienenen Vertreter und hieß sie herzlich willkommen. Besonders begrüßte er den Vertreter des Verbands landw. Genossenschaften, Diplomlandwirt Teutschländer, der heute zugleich auch die Landw. Genossenschaftszentralkasse vertrat, und den ebenfalls anwesenden früheren Bezirksobmann, Bürgermeister Keßler-Ottenhausen. In einer kurzen Ansprache wies der Vorsitzende darauf hin, wie die wirtschaftlichen Verhältnisse im Jahre 1932 statt der erhofften Besserung eine Verschlechterung erfahren hätten. Die Statistik der Württ. Darlehenskassenvereine für 1931, die er bekannt gab, sei der beste Beweis dafür. Aus dieser Statistik sei auch hier besonders herausgehoben, daß die Verschuldung der Mitglieder um über 600 000 RM. zugenommen hat, die Guthaben der Mitglieder in laufender Rechnung aber um 7½ Millionen Reichsmark abgenommen haben. Der Warenumsatz ist um über 4½ Millionen RM. zurückgegangen. Dieser starke Rückgang des Warengeschäfts zeige, wie sehr die Kaufkraft der Landwirtschaft nachgelassen habe. Anschließend hieran erteilte der Vorsitzende Dipl.-Landwirt Teutschländer das Wort und in ausführlicher, sachlicher Rede sprach derselbe dann über die gegenwärtigen Geld- und Kreditverhältnisse und die landw. Notverordnungen in ihrer Auswirkung auf die landwirtschaftlichen Genossenschaften. Er führte u. a. aus, daß wir noch nicht am Wendepunkt der Krise angelangt seien. Wenn es auch den Anschein habe, als ob eine Besserung eintrete, so müsse man sich doch darüber klar sein, daß es nicht von heute auf morgen besser werden könne, sondern daß die Gesundung lange Zeit brauche. Die Krise sei nicht nur in Deutschland, es handle sich um eine Weltkrise, von der alle Staaten ergriffen seien. Verschiedene Staaten schon seien von der Goldwährung abgewichen und eine Reihe von Staaten hätten Moratorien für Zinsverpflichtungen einführen müssen. Von den dem Völkerbund angehörenden Staaten können heute 59 ihren Verpflichtungen diesem gegenüber nicht mehr nachkommen und 28 können keine Beiträge mehr bezahlen, das kennzeichne die Lage. Von auswärts hätten wir keine Hilfe zu erwarten. Wir müssen uns selbst helfen, was heute sehr schwer sei. 1924 nach der Inflation habe man einen ebenen Boden für den Wiederaufbau vorgefunden, da durch die Inflation alle Werte vernichtet worden seien, heute seien Reich, die Staaten, Gemeinden und alle belastet. Ein Aufstieg sei nur möglich, wenn alle an einem Strang ziehen. Erstes Erfordernis sei, die Gesamtkaufkraft zu heben. Verkehrt sei es heute wenn die Darlehenskassenvereine bei der Zentralkasse um Hilfe rufen, die diese nicht bringen könne. Die Abhebungen bei der Zentralkasse haben 1930/31 8¼ Millionen RM. betragen. Die Zentralkasse sei heute mit 20 Millionen RM. mehr belastet. Den Ruf der Selbsthilfe auszusprechen, sei schwer, es bleibe aber kein anderer Weg. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gibt er dann Aufschluß, wie er sich die Selbsthilfe bei den Darlehenskassenvereinen denke und wie die einzelnen Vereine bezw. ihre Führer tätig sein sollen. Von den landw. Notverordnungen sagte er, daß sie nicht das gebracht hätten, was man eigentlich erwartet habe. Der Vollstreckungsschutz sei ein Schlag ins Wasser gewesen und sei ein Schutz weder für den Schuldner noch für den Gläubiger; für den Schuldner bedeute er eine Krediterschütterung, wenn er ihn in Anspruch nehme, für die Darlehenskassen bedeute er aber eine gewisse Gefahr, da Verluste sich doch nicht vermeiden ließen, und es manchmal besser wäre, wenn der betr. Schuldner früher zur Haftung gezwungen bezw. die Vollstreckung durchgeführt werden könnte. Auch die durch die Notverordnungen bestimmten Zinsherabsetzungen träten besonders für die Mitglieder der Darlehenskassen nicht das, was man eigentlich gerne gehabt hätte. Die Zinsen hätte man übrigens schon längst auf Grund des Wucherparagraphen des BGB. bestimmen können, es hätten sich dann niemals Zinsverhältnisse entwickeln können, wie es tatsächlich der Fall war. In weiteren Ausführungen legte er dar, wie notwendig es heute für die einzelnen Vereine sei, die Sicherheiten nachzuprüfen, die sie für ihre ausgegebenen Darlehen hätten. An der Hand von Beispielen wies er nach, wie der Wert der Sicherheiten sich verändern könne. Auch den einzelnen Schuldner müsse man sich näher ansehen. Schuldner sei nicht gleich Schuldner. Es gebe heute viele Schuldner, die noch die un-

Der Kaiserwalzer

Ein Roman aus Oesterreich von H. Kayser.

Vertrieb: Romanverlag K. & H. Gretler, G. m. b. H., Rastatt

68)

„Ja!" lacht der Mann. „Herr Graf, Unkraut vergeht net! Das kommt immer wieder auf."

Marosch ist glücklich. Er lacht mit und schlägt dem Alexander auf die Schulter: „Ja, ja, hat sich's was mit dem Unkraut! San a ganz edle Pflanze! Aber .. ein Lachen habens wieder! Ein Lachen! So g'fallts mir wieder! Aber net wahr, das Wolffangen, das machens mir net als Profession?"

„Keine Sorg' net, Herr Graf! Hab' genug an dem einen!"

Fröhlich gehen sie zu dritt wie gute Freunde hinunter in den Hof.

Der Herr Alexander .. wie er wieder lacht! Und so fröhlich sieht er aus!

Es beglückt sie alle. Seine Freundlichkeit ist heiterer als die ganze letzte Zeit, und sie atmen auf. Es war ihnen, als hätten sie an dem Leid des Mannes mitgetragen.

13.

Der Knochenbauer-Franzl und der Badner-Pepi sind riesig stolz, daß sie den Wolf nach Wien bringen dürfen.

Der Wolf ist in einen Güterwagen verladen worden und die beiden Knechte sitzen an der Kiste und spielen Karten.

Immer, wenn der Zug auf einer Station hält, da kommen Neugierige und wollen den Wolf sehen. Man läßt sie durch die Gucklöcher blicken und erntet dabei natürlich Trinkgelder in Form von Kreuzern, Hellern und in Gestalt von Zigarren und Zigaretten. Sie fühlen sich natürlich und plaudern brühwarm aus, daß der Baron von Battenberg das Tier lebendig gefangen hat.

Alles ist hell begeistert.

In Wien ist das Publikum auf dem Bahnhof ganz närrisch. Alle drängen und wollen den Wolf sehen. Es dauert lange, als er auf einen Wagen geladen ist und dann gehts der Hofburg zu.

Der Wagen wartet vor der Hofburg und der Badener-Pepi will in die Hofburg.

Natürlich wird er vom Posten angehalten.

„Ja mei!" sagt der Posten, „was willst denn Du in der Hofburg?"

„Freunderl, i hab dem Herrn Kaiser an Brief vom Herrn von Battenberg abzugeben!"

Er wedelt mit dem Brief vor der Nase des Postens herum. Der Posten meldet es dem Offizier der Wache.

Der überlegt, dann nimmt er den Badener-Pepi, der ganz geschwollen vor Wichtigkeit tut, und führt ihn in die Hofburg.

Der Badener-Pepi wird erst ganz klein, als er die Pracht sieht. Die vielen herrlichen Bilder auf den Korridoren.

Mariandjosef, denkt er, hier tät i mi verlaufen!

Endlich treten sie in ein Zimmer, in dem eine ganze Anzahl Leute teils in Uniform, teils in Zivil versammelt sind.

Es ist das Vorzimmer zum Audienzsaal des Kaisers.

Der Kammerdiener des Kaisers geht auf den Offizier erstaunt zu. „Ja, wen bringens denn da, Herr Leitnant?"

„Der Mann hat einen Brief an die Majestät abzugeben. Vom Baron von Battenberg!"

Da wird das Gesicht des Kammerdieners wichtig.

„Ist gut! I werd' ihm der Majestät geben! Sollens nur abgeben oder ..?"

„Na, i muß warten, was der Herr Kaiser sagt. I muß doch wissen, wo i den Wolf hinzuschaffen hab'."

„An Wolf!", sagt alles erstaunt.

Sie finden plötzlich Interesse an dem einfachen Manne und treten näher heran.

„An Wolf?" fragt der Kammerdiener. „Was wollens denn mit dem Wolf bei der Majestät?"

„Des ist so! Der Battenberger hat an Wolf lebendig g'fangen und den schickt er der Majestät!"

Eben erscheint der Oberhofzeremonienmeister, der den Audienzen beiwohnt, bzw. darauf achtet, daß der Empfang der einzelnen ordnungsgemäß vor sich geht.

Der Kammerdiener schießt mit dem Brief auf ihn zu. „Exzellenz, möchtens net das Brieferl der Majestät geben?"

„Was ist mit dem Brief?"

„Der Battenberger hat ihn der Majestät g'schrieben!"

Die Exzellenz ist erstaunt.

„Vom Battenberger! Ja, freilich, gebens her!"

Eifrig ist er und geht schnurstracks zum Kaiser.

Franz Josef sieht erstaunt den Brief an. Er ist überrascht.

„Vom Battenberger?! Da bin i g'spannt!"

Er erbricht den Brief und liest: „Ew. Majestät! Der Battenberger hat das Jagdglück gehabt, einen lebendigen Wolf zu fangen und erlaubt sich, den Wolf Ew. Majestät für den Tiergarten zu übersenden. Es ist ein starkes, schönes Tier und ich hoffe, daß Ew. Majestät ihn gern dem Tierbestand einverleiben werden. In ehrfurchtsvoller Ergebenheit Alexander Baron von Battenberg."

Der Kaiser ist starr.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

begründete Hoffnung hätten, daß sie ihre Schulden wie in der Inflation verlieren würden. In diesem Zusammenhang meinte der Redner, daß wir heute nichts Wertbeständigeres haben als unsere Schulden. Der Redner kam dann noch auf die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu sprechen. Mit einer wesentlichen Verbesserung derselben in absehbarer Zeit sei wohl kaum zu rechnen. Mit weiteren Anweisungen für die einzelnen Vereine schloß er seine wertvollen Ausführungen. Der Vorsitzende stellte dieselben zur Aussprache. Da sich jedoch niemand meldete, so nahm Dipl.-Landwirt Teutschländer nach kurzer Pause weiter das Wort zur Tagesordnung und sprach über landwirtschaftliche und genossenschaftliche Tagesfragen und die Notwendigkeit der Steigerung des Kaliabsatzes. Zunächst verbreitete er sich über die Düngung der Kulturpflanzen und wies darauf hin, wie in den letzten Jahren die Kalidüngung vernachlässigt worden sei. Das sei sehr bedauerlich und habe sich so ausgewirkt, daß die Früchte, denen zu wenig oder gar kein Kali zugeführt wurde, im Gewicht und in der Haltbarkeit nachgelassen hätten. Die Verringerung des Gewichtes und der Haltbarkeit mache sich besonders bei Obst und Kartoffeln bemerkbar. Es sei falsch, an der Düngung zu sparen; der Landwirt müsse heute unbedingt mehr erzeugen und das könne er nur durch richtige Düngung erreichen. Selbsterzeugung sei immer noch billiger als Zukauf. Auf Grund selbst ausgeführter Düngungsversuche könne er sagen, daß sich die Kalidüngung bezahlt mache. Anschließend hieran machte er noch eingehende Ausführungen über die milchwirtschaftlichen Zusammenschlüsse, die er als eine Art Zwangsinnung für die Landwirtschaft bezeichnete. Auch sein zweiter Vortrag fand reichen Beifall. Namens der Versammlung dankte der Vorsitzende dem Redner für seine vorzüglichen Ausführungen. An den zweiten Vortrag schloß sich eine Aussprache an, an der sich die Herren Bäzner-Ottenhausen, Riebel-Höfen, Rektor Wieland-Birkenfeld und Bürgermeister Keßler-Ottenhausen beteiligten. Herr Teutschländer beantwortete die sämtlichen an ihn gestellten Anfragen eingehend und zur vollsten Zufriedenheit der Anfragenden. In der Hauptsache handelte es sich um Fragen über die Einzelheiten bei der Zentralkasse, der Gründung der Reichsgenossenschaftskasse, die an die Stelle der Preußenkasse trat, die landw. Genossenschaftshilfe, Steuergutscheine und den milchwirtschaftlichen Zusammenschluß. Bürgermeister Keßler gab den Vereinen noch wertvolle Anregungen für die Gewinnung von Steuergutscheinen durch die Darlehenskassen. Nach dem Schlußwort des Redners beschloß der Vorsitzende die harmonisch verlaufene Versammlung mit Worten des Dankes an den Redner und die Erschienenen mit der Bitte, das Gehörte hinauszutragen in die Vereine und zum Segen für die Genossenschaften zu verwerten.

Neuenbürg, 15. Febr. Am Sonntag, den 5. Februar ds. Js., fand im Kurhaus „Tannenburg" in Neuenbürg, die diesjährige Generalversammlung des Bezirks-Ziegenzuchtvereins Neuenbürg statt. Vorstand Dr. Boepple eröffnete die gutbesuchte Versammlung und begrüßte die zahlreich von sämtlichen Ortsvereinen erschienenen Ziegenzüchter. Nach dem nun folgenden Jahresbericht des Vorsitzenden hat im vergangenen Jahre eine Hauptversammlung, 2 Ausschußsitzungen, eine Bezirksausstellung in Arnbach, die Frühjahrsankörung in sämtlichen Ortsvereinen mit anschließender Anerkennung durch die Württ. Landwirtschaftskammer stattgefunden. Als besondere Anerkennung für gute Zucht wurde dem Bezirks-Ziegenzuchtverein Neuenbürg vom Landesverband der Ziegenzuchtvereine Württembergs für das Jahr 1932 der Landesverbandspreis, bestehend aus 30 RM. in bar und einem Diplom, zuerkannt. Nach dem Verlesen der Protokolle vom letzten Jahr wurde vom Kassier der Kassenbericht erstattet. Beide Berichte wurden ohne Debatte gutgeheißen und dem Kassier Entlastung erteilt. An angekörten Ziegen sind im Bezirksverein vorhanden 15 Böcke, 82 Ziegen und 31 mit der Mutternummer gezeichneten Lämmern gegenüber 16 Böcke und 69 Ziegen im Vorjahr.

Die Ausstellung für das Jahr 1933 wurde dem Ortsverein Calmbach übertragen. Als Tag wurde vorläufig der 23. Juli 1933 bestimmt und es soll versucht werden, auch gleich einen vom Landesverband veranstalteten Ziegenzüchtertag damit zu verbinden. Die Einzelheiten wurden dem Ausschuß übertragen.

Um die Ziegenzucht im allgemeinen zu fördern und die noch nicht dem Verein beigetretenen Ziegenhalter zum Beitritt in den Verein zu gewinnen, wurde der Züchter Heydt-Calmbach als Pressewart bestimmt. Dessen Aufgabe soll sein, ab und zu in der Presse leicht verständliche Artikel über die allgemeine Ziegenzucht zu bringen.

Sämtliche angeschlossene Ortsvereine erklärten sich bereit, in diesem Jahre, und zwar von der nächsten Lammzeit ab, die in das Herdbuch eingetragenen Ziegen der Milchleistungsprüfung zu unterstellen. Der Herdbuchführer wurde beauftragt, sich mit der Landwirtschaftskammer deswegen ins Benehmen zu setzen und das nötige Material zu besorgen. Zur Vervollständigung des Herdbuches sollen auch sämtliche eingetragenen Tiere gewogen und das Gewicht eingetragen werden.

Bei Punkt Verschiedenes wurde beschlossen, die Jahresversammlung in Zukunft bis auf Widerruf in Neuenbürg abzuhalten. Weiter wurden noch die Delegierten für die Landesverbandsversammlung in Stuttgart bestimmt. Nachdem die Tagesordnung erschöpft und der Züchter Heydt-Calmbach namens seines Ortsvereins für die Uebertragung der Ausstellung der Versammlung den Dank ausgesprochen hatte, schloß der Vorsitzende mit dem Wunsche, auch die Fachzeitung „Der württ. Ziegenzüchter" fleißig zu lesen und für gute Zucht im kommenden Jahre die harmonisch verlaufene Versammlung. H.

(Wetterbericht.) Einem Hochdruck über Irland steht ein Tiefdruck über dem Baltikum gegenüber. Süddeutschland befindet sich im Bereich des Hochdrucks. Für Freitag und Samstag ist zwar zeitweilig bedecktes, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Calmbach, 15. Febr. Der Schneelaufverein, der aus kleinen Anfängen vor 7 Jahren heute auf nahezu 130 Mitglieder einschl. Jugend angewachsen ist, sollte letzten Sonntag den Gaujugendlauf durchführen. Da aber auch hier von Schnee nichts zu sehen ist, und den Mitgliedern doch etwas geboten werden sollte, hat der Vorstand zu einem Zunftabend in den Ankersaal eingeladen und hatte damit einen vollen Erfolg. Um 7 Uhr begrüßte er etwa 250 Gäste und Mitglieder. Die Kapelle Haug, bestehend aus Geigen, Mandolinen, Gitarre, Zither und Handharmonika, spielte auf. Der Schwank „Schneeschuh und a bißle Lieb'", dann ein zünftiger Hüttenabend sowie Gedichte in schwäbischer Mundart, alles so flott vorgetragen, daß es nur eine Stimme des Lobes gab. Der Verein darf stolz auf seinen ersten wohlgelungenen Zunftabend sein. Schi-Heil!

Schwann, 15. Febr. Zu Gunsten der örtlichen Winternothilfe Schwann veranstaltete der Gesangverein „Frohsinn" am letzten Sonntag einen Unterhaltungsabend. Der Besuch der Veranstaltung hätte ein besserer sein dürfen und war wohl dadurch beeinträchtigt, daß das Theaterstück bei der Abendunterhaltung 14 Tage vorher schon einmal gespielt worden war. Die spielerischen Leistungen waren auf der gleichen Höhe wie 14 Tage zuvor und fanden den gleichen ungeteilten Beifall. Die Darbietungen des Männerchors zeugten von der klaren, sicheren Leitung durch Herrn Hauptlehrer Schmid-Schwann, der an Stelle des erkrankten Dirigenten die Einübung übernommen hatte, wie auch von den Fähigkeiten der Sänger. Auf die Höhe musikalischen Genusses wurden die Zuhörer durch die Solovorträge des Herrn Forstmeister Thomaß geführt, zumal die Klavierbegleitung durch Herrn Lehrer Oesterle in guten Händen ruhte. Die Musikvereinigung des christlichen Vereins junger Männer in Schwann bereicherte den Abend durch einige flott gespielte Musikstücke unter Leitung des Dirigenten Feiler. In der Pause konnten die Anwesenden ihre Lage durch einen Griff in den „Glückshafen" verbessern. Der Reinertrag des Abends ergab 70 RM. Möge die Veranstaltung als erste ihrer Art in Schwann so ihren Zweck erfüllt und Verständnis auch für die weitere Arbeit der Winternothilfe erweckt haben!

Württemberg

Freudenstadt. (Verschiebung der Deutschen Skimeisterschaft.) Die Deutsche Skimeisterschaft, die in Freudenstadt-Baiersbronn vom 17.—20. Februar abgehalten werden sollte, ist wegen Schneemangels zunächst um 8 Tage verschoben worden. Freudenstadt ist schneefrei.

Stuttgart. (Werkbundausstellung „Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung" reichswichtig!) Wie der Reichskommissar für Ausstellungen und Messen mitteilt, hat das Reichswirtschaftsministerium die diesjährige Werkbund-Ausstellung „Deutsches Holz für Hausbau und Wohnung" als reichswichtig anerkannt. Die Vorarbeiten für diese Veranstaltung in Stuttgart, hinter der die gesamte Holz- und Forstwirtschaft des Reiches, sowie maßgebende amtliche Stellen und Körperschaften stehen, schreiten gut vorwärts. Bekanntlich bildet eine Siedlung von Eigenheimen aus Holz, die als Dauerbauten errichtet werden, den Mittelpunkt der geplanten Ausstellung. Die Prospekte für die einzelnen Häuser, die in verschiedenartigen Bauweisen erstellt werden, um die vielseitige Verwendungsmöglichkeit von Holz als Baustoff zu zeigen, liegen größtenteils schon vor. In organisatorischer Hinsicht geht die Ausstellung insofern neue Wege, als die Erstellung der Siedlung nicht mit öffentlichen Mitteln, sondern auf dem Wege über private Baulieb haber durchgeführt wird, die sich bereits sehr zahlreich bei der Ausstellungsleitung gemeldet haben. Bei dem derzeitigen Stand der Vorarbeiten ist anzunehmen, daß die Bauten im Laufe des Frühsommers fertiggestellt und der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden können.

Stuttgart. (Brand.) In der Altstadt brach gestern abend in einer Nebengasse der Hirschstraße ein Brand aus, der dadurch entstanden ist, daß ein Kamin nicht dicht verschlossen war. Funken fielen in den Nebenraum einer Schreinerwerkstätte und bald gab es starke Rauchwolken. Die Bewohner, die unter der Rauchwirkung zu leiden hatten, mußten von Feuerwehrleuten in Sicherheit gebracht werden. Der Schaden des Brandes, mit dem die Feuerwehr bald fertig wurde, wird auf 2000 RM. geschätzt.

Stuttgart. (Neuer Oberlandesgerichtspräsident?) Der „NS-Kurier" verzeichnet das Gerücht, daß der derzeitige Justizminister Dr. Beyerle zum Oberlandesgerichtspräsidenten ausersehen sei. Der seitherige Oberlandesgerichtspräsident Dr. Schmoller vollendete am 13. Februar das 67. Lebensjahr und bedarf daher eines Nachfolgers. Nach dem genannten Blatte rechnet man im Zentrum damit, daß dieses nach den Wahlen keinen zweiten Ministerposten mehr in Anspruch nehmen könne. Um den derzeitigen Staatspräsidenten nicht zu gefährden, solle nun Justizminister Dr. Beyerle Oberlandesgerichtspräsident werden. Der „NS-Kurier" macht, obwohl ihm die Persönlichkeit des Justizministers Dr. Beyerle nicht unsympathisch ist, in einer Zuschrift aus Richterkreisen gegen einen derartigen Beamtenschub sachliche Bedenken geltend.

Stuttgart. (Landesversammlung des Vereins württ. Baumwarte.) Unter dem Vorsitz des neuen Vereinsvorstandes Obstbauinspektor Renz, Zell bei Eßlingen, fand am Samstag nachmittag die diesjährige Landesversammlung des Vereins württ. Baumwarte statt. Der Vorsitzende erstattete den Jahresbericht und bedauerte, daß infolge der allgemeinen ungünstigen Wirtschaftslage der Obstabsatz einen schlechten Verlauf genommen habe, obwohl die Ernte an sich voriges Jahr gering und nur in einigen kleineren Gebieten zufriedenstellend war. Die Schädlingsbekämpfung hat viel Mühe und Arbeit gemacht. Für die Zukunft wird gemeinsames Vorgehen in verstärktem Ausmaß empfohlen. Zur Obstbaumzählung machte im Anschluß Oberregierungsrat Dr. Trüdinger längere Ausführungen, in denen er hervorhob, daß diese Zählung vom Reichsernährungsministerium angeordnet worden ist und man sich ihr nicht entziehen könne. Es gilt nach vielen Jahren wieder eine richtige, nicht nur schätzungsweise Zählung durchzuführen, um festzustellen, inwieweit man in Deutschland in der Lage ist, den Obstbedarf zu decken. Noch 1931 sind trotz der außerordentlich guten Ernte 320 Millionen Mark für Obst ins Ausland gegangen. Im Mittelpunkt der Tagung stand ein Lichtbildervortrag von Landwirtschaftsrat Winkelmann-Stuttgart über Kronenerziehung. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß die Kreisversammlungen dieses Jahr in Ravensburg, Horb, Ludwigsburg und Künzelsau stattfinden werden. Von öffentlichen Versammlungen wird abgesehen.

Stuttgart. (Immer noch Lohnstreit in der württ. Landwirtschaft.) Vom Deutschen Landarbeiterverband wird geschrieben: Der Lohnstreit in der württ. Landwirtschaft ist immer noch nicht beendigt. Er dauert jetzt nahezu ein Jahr. Der vom Schlichtungsausschuß Stuttgart am 3. 6. 32 gefällte Schiedsspruch wurde vom Schlichter seinerzeit nicht für verbindlich erklärt, da er die Weiterentwicklung des tariflosen Zustandes abwarten wollte. Unterdessen hat aber der tariflose Zustand eine Entwicklung in der Entlohnung der landwirtschaftlichen Arbeiter angenommen, die aus wirtschaftlichen und sozialen Gründen einfach unterbunden werden muß. Neue Lohntarifverhandlungen zwischen den Tarifparteien schlugen fehl, da der landwirtschaftliche Hauptverband als Arbeitgeberverband es ablehnte, einen neuen Lohnvertrag in der württ. Landwirtschaft einzugehen. Der jetzige lohntarifliose Zustand hätte sich sehr gut „eingespielt". Die Arbeiterverbände haben nun erneut den Schlichtungsausschuß Stuttgart zwecks Beihilfe zur Schaffung eines Lohnvertrags angerufen. In den Vorverhandlungen vor diesem, am 3. 2. 33, konnte eine Einigung nicht erzielt werden, weitere Verhandlungen am 13. 2. 33 führten ebenfalls zu keinem Ergebnis. Die Arbeitgeber möchten gerne eine Entscheidung des Schlichtungsausschusses bis nach den Wahlen verschieben. Die Arbeitnehmervertreter lehnten dies entschieden ab und beharrten auf ihrem Antrag, daß der Schlichtungsausschuß so bald als möglich eine Entscheidung zu fällen habe. Neuer Termin zur Verhandlung vor der Schlichtungskammer wird vom Vorsitzenden nun auf nächste Woche bestimmt.

Echterdingen, OA. Stuttgart. (Der Zeppelinwirt gestorben.) In vergangener Woche wurde unter großer Anteilnahme der in weiten Kreisen der Bevölkerung bekannte Besitzer des althistorischen Gasthauses zum „Hirsch", Gutsbesitzer Albert Kizele, zu Grabe getragen. Der Verstorbene stand im 49. Lebensjahr und hat es verstanden, den guten Klang der althistorischen Gaststätte, in der auch Graf Zeppelin nach seiner Unglücksfahrt im Jahre 1908 eingekehrt ist, zu wahren.

Heilbronn. (Weinprobe.) Alljährlich nach dem ersten „Ablaß" hält die „Heilbronner Weingärtner-Gesellschaft" eine Weinprobe ab. Die Probe der Weißweine befriedigte restlos, besonders gefiel Weiß-Riesling, der infolge guter Ausreife und hohem Gehalt an „Oechsle-Graden" sich hervorragend ausgebaut hat. Die Rotweine hingegen befriedigten nicht ganz. Trollinger wird noch an Plätzen gebaut, wo er fehl ist. Um dieser Weinsorte dieses Jahr zum Absatz zu verhelfen, war eine entsprechende Zuckerung nötig. Die Produkte der „Gesellschaft" sind aber durchweg zufriedenstellend, sie zeugten von guter Pflege.

Göppingen. (Rohe Tat eines Fußballspielers.) Bei einem am vergangenen Sonntag in Eislingen stattgefundenen Fußballspiel gegen Donzdorf wurden gegen das Spielende zwei Donzdorfer Spieler vom Schiedsrichter wegen Unsportlichkeiten vom Spielfeld verwiesen. Anstatt dieser Anordnung Folge zu leisten, wurde einer der Abgewiesenen gegen den Schiedsrichter tätlich und schlug ihm derart ins Gesicht, daß mehrere Zähne eingeschlagen wurden. Das Spiel wurde daraufhin abgebrochen. Gegen den gewalttätigen Spieler ist Anzeige beim Südd. Leichtathletik- und Fußballverband erstattet.

Sulz a. N. (Der verhaftete Studienassessor. — Eine Tragikomödie.) Der Einbrecher Daiber beunruhigt zurzeit viele Gemüter und macht den Polizeiorganen ziemlich viel Kopfzerbrechen, seiner habhaft zu werden; denn immer wieder versteht er es, sich dem Arm des Gesetzes auf raffinierte Weise zu entziehen. Vergangenen Sonntag nachmittag wollte, so berichtet die „Sulzer Chronik", der seit einiger Zeit hier ansässige Studienassessor Dorner eine Tour durchs Glattal machen. Unterwegs überholten ihn zwei Radler, sprangen vor ihm ab und gingen gezückten Revolvers mit dem Rufe „Hände hoch" auf ihn los. Die beiden tasteten ihn nun nach Waffen ab, verglichen ihn nach einem Steckbrief, nach verschiedenen Kennzeichen usw. Der Assessor bekam dabei flüchtig das auf dem Steckbrief klebende Bild zu sehen und war von der Aehnlichkeit mit ihm selbst überrascht. Die beiden Herren wiesen sich als Kriminalbeamte aus und befahlen ihm, fix zu laufen, es ginge nun nach Hechingen. Der Steckbrief und seine Person stimme vollständig überein. Auf dessen Reklamieren, daß sie im Irrtum seien, gaben sie nichts; doch wurden auf seinen Wunsch vom Rathaus in Glatt telefonisch beim hiesigen Landjägerstationskommando Erkundigungen eingezogen und die Herbeiholung des Oberlandjäger Beutter von Leinstetten klärte den Irrtum auf. Der verhaftete und wieder freigelassene Studienassessor und die Herren Gesetzesvertreter sollen aber nachher im „Kaiser" diese Tragikomödie tüchtig begossen haben.

Friedrichshafen. (Notlandung.) Seit 25. Januar befindet sich in Friedrichshafen das Kleinluftschiff „Odol", das in der Luftschiffhalle Löwental untergebracht ist, um in die nähere und weitere Umgebung gelegentliche Reklamefahrten zu unternehmen. Montag vormittag stieg das Schiff zu einer Fahrt nach München auf, wo über der Stadt solche Reklameflüge stattfinden sollten. Das Schiff war jedoch, wohl infolge eines Motordefekts, gezwungen, bei Mindelheim niederzugehen. Der Kapitän forderte in Friedrichshafen Ersatzteile für den Motor an sowie einen Ankermast zur Befestigung des Schiffes. Diese Teile sind sofort mit Lastwagen nach Mindelheim befördert worden. An Bord des Schiffes befanden sich drei Personen.

Verzicht auf Rückerstattung der an Klein- und Sozialrentner geleisteten Unterstützungen

Stuttgart, 13. Febr. Der Abgeordnete Hermann Kling (Chr. Volksd.) hat im Landtag folgende Kleine Anfrage eingebracht: Der Württ. Landtag hat in der Sitzung vom 27. März 1930 einen Antrag fast einstimmig angenommen, in dem gefordert wurde, die Bezirksfürsorgebehörden sollen auf die Rückerstattung der an Klein- und Sozialrentner geleisteten Unterstützungen bei Todesfall in den meisten Fällen verzichten. Der Nachsatz dieses Antrages „Dieser Grundsatz gilt nicht, wenn ein Verzicht den ganzen Umständen nach ungerechtfertigt wäre" führte zur Unsicherheit in der Beurteilung und Behandlung der Fälle bei den Bezirksschulbehörden und fast immer zu endlosen Auseinandersetzungen zwischen diesen und den meist unbemittelten Hinterbliebenen, vor allem für die Fälle, die zwischen 1924 und Juni 1931 liegen, da für diese Zeit in Württemberg keine genauen und allseitig verpflichtenden Bestimmungen vorhanden waren. Auch den staatlichen Stellen erwächst durch jene Lücke einer rechtlich bindenden Regelung sehr viel komplizierte Kleinarbeit bei jedem Einzelfall. Es ist aus Gründen der Rechtssicherheit und der Verwaltungsvereinfachung die Inkraftsetzung klarer Bestimmungen auch für jenen Zeitraum dringend geboten. Ist das Staatsministerium bereit, bindende Bestimmungen auch für jenen Zeitraum durch Verordnung oder Gesetz zu treffen, wodurch die Hinterbliebenen der Unterstützungsempfänger denen gleichgestellt werden, bei denen die neuen klaren und sozial wohlwollenden Bestimmungen des § 25 der Reichsfürsorgeverordnung gelten und die meist von der Rückerstattungspflicht entbunden werden?

Zusammenbruch des Heilbronner Stadttheaters

Heilbronn, 15. Febr. Das Stadttheater unter der Direktion von Steng-Krauß ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten und kann die Gagen für das Personal nicht mehr aufbringen. In der letzten Zeit ist der Besuch des Theaters, namentlich an den Sonntagen, infolge der ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse immer mehr zurückgegangen. Verhandlungen auf dem Rathaus mit Stadtamtmann Kübler haben vorerst zu keinem Ergebnis geführt. Mehr als die in den Etat eingestellten 50 000 Mark können dem Theater an Unterstützung nicht gewährt werden. Das Theaterpersonal besteht aus 113 Personen und seine Lage ist nichts weniger als rosig. Sollte von der Stadt nicht doch noch weiteres Entgegenkommen gezeigt werden, so soll evtl. ein Schauspielerkollektiv die Spielzeit zu Ende führen. Aber auch in diesem Fall müßte die Stadtverwaltung noch Entgegenkommen zeigen.

Die Auszahlung der Beamtengehälter

Stuttgart, 15. Febr. Der Württ. Beamtenbund schreibt: In den letzten Tagen wurde eine Mitteilung über die Auszahlung der Gehälter verbreitet, die in der Beamtenschaft lebhafte Beunruhigung ausgelöst hat. Der Württ. Beamtenbund hat bei der Regierung zu dieser Auslassung Stellung genommen und darauf hingewiesen, daß die Beamtenschaft in dem halben Jahr, in dem der Uebergang zur nachträglichen Zahlung der zweiten Gehaltshälfte vorgenommen wurde, mit 5¾ statt mit 6 Gehältern auskommen mußte, was für diesen Zeitraum einer weiteren Gehaltskürzung um 8,33 Prozent entspreche. Vor allem hat der Württ. Beamtenbund sich mit Entschiedenheit gegen die Absicht gewandt, eine weitere, verstreckte Gehaltskürzung durch Umstellung auch der ersten Hälfte der Monatsbezüge auf Nachzahlung vorzunehmen, da sich die spätere Auszahlung der 2. Monatshälfte jetzt schon in der Verschuldung eines großen Teils, vor allem der mittleren und kleinen Einkommensbezieher, ausgewirkt habe. Aus diesem Grunde wurde auch die Rückgängigmachung der bereits durchgeführten Gehaltsnachzahlung erneut gefordert.

Die Entwicklung der Staatsausgaben in Württemberg

Stuttgart, 14. Febr. Der als genauer Kenner unserer Finanzverhältnisse bekannte Oberregierungsrat Dunz unternimmt im „Staatsanzeiger" einen Streifzug durch die württembergische Finanzstatistik, um die Entwicklung der Staatsausgaben des Landes darzulegen. Er betont zunächst, daß die Forderung: Zurück zu den Vorkriegsverhältnissen der Volkswirtschaft auch Aenderungen in den öffentlichen Haushalten bis zu einem gewissen Grad unvermeidlich zur Folge haben

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

und daß zu einem nicht unerheblichen Teil die im Vergleich mit der Vorkriegszeit eingetretene Ausgabensteigerung eine unmittelbare Folge der in der Vorkriegszeit getroffenen Regelungen, insbesondere der Gesetze ist, die sich damals noch nicht voll ausgewirkt hatten, und daß diese Steigerung auch ohne Krieg, Inflation usw. eingetreten wäre. Verglichen wird in dem Streifzug in der Hauptsache der Zuschußbedarf, d. h. der Bedarf, der aus Steuern oder Erträgen des werbenden Vermögens von Staat und Gemeinden zu decken ist. Die Gegenüberstellung ergibt folgendes Bild:

Gesamter Zuschußbedarf (in tausend RM.):

1913/14		1926/27	1928/29	1931/32
64 142	Staat	131 584	163 403	127 229
74 675	Gemeinden	159 844	188 403	
138 817	zus.	291 428	352 006	

Wenn der staatliche Zuschußbedarf von 1928 bis 1931 um 36 Millionen zurückgegangen ist, so ist das, wie der Verfasser betont, nicht allein eine Folge der Einschränkung der persönlichen Ausgaben. Im Gegenteil, die Sachausgaben sind im Verhältnis zu ihrer finanziellen Gesamtbedeutung zunächst jedenfalls stärker beschränkt worden als die Personalausgaben.

Der staatliche Zuschußbedarf ist 1931 um 63 Millionen höher als 1914. Zu dieser Tatsache äußert sich der Verfasser nach Würdigung der Verhältnisse in den einzelnen Verwaltungen zusammenfassend dahin: Bei der Struktur des württembergischen Staatshaushalts dürfte es kaum möglich sein, durch Umgestaltung der Form der staatlichen Betätigung unter Beibehaltung des bisherigen Umfangs der staatlichen Aufgaben, insbesondere nach den inzwischen bereits durchgeführten Sparmaßnahmen noch Ersparnisse in einem Ausmaß zu erzielen, das für das Gleichgewicht im Staatshaushalt oder gar für eine Steuersenkung von ausschlaggebender Bedeutung wäre. Die Zunahme der Staatsausgaben ist, wenn man von den Ausgaben für die Polizei, die für die Erhaltung des Staates unentbehrlich waren, absieht, in der Hauptsache erfolgt für kulturelle Zwecke (Schulwesen und Wissenschaft), für soziale Zwecke (Wohlfahrtswesen und Wohnungsbau) und für Förderung von Wirtschaft und Verkehr. So groß die Zustimmung in der Oeffentlichkeit ist, wenn die Forderung auf eine „durchgreifende Verwaltungsvereinfachung zwecks Erzielung erheblicher Ersparnisse und Steuersenkung" erhoben wird, so wenig ist eine Einigkeit in der öffentlichen Meinung darüber zu erzielen, wie das im einzelnen gemacht werden soll. Daß Verschiebungen im Zuständigkeitsbereich der einzelnen Behörden hier nicht den Ausschlag geben, daß insbesondere die Oberämter-Zusammenlegung (mag man sie aus anderen Gründen für wünschenswert halten oder nicht) hier finanziell niemals ausschlaggebend sein kann, ist angesichts der mitgeteilten Zahlen nicht wohl zu bestreiten. Wer die Forderung auf eine wirksame Verminderung der Staatsausgaben trotzdem ernstlich vertritt, muß sich darüber klar sein, daß dies ohne sehr schmerzliche Eingriffe in die staatlichen Einrichtungen auf kulturellem, sozialem oder wirtschaftsförderndem Gebiet nicht möglich ist. Nur auf diesem Weg könnten die Staatsausgaben auch nur einigermaßen dem Vorkriegsstand wieder angepaßt werden. Die starke Steigerung des staatlichen Zuschußbedarfs ist weithin eine Folge der veränderten Einstellung der öffentlichen Meinung zu der Frage der Notwendigkeit und des Umfangs staatlicher Betätigung auf diesen Gebieten, zum Teil selbstverständlich auch eine Folge der durch den Krieg herbeigeführten Entwicklung. Auch wer trotzdem zu solchen Eingriffen bereit ist, muß sich darüber im klaren sein, daß auf den meisten Aufgabegebieten eine solche Rückbildung nur allmählich und in Abschnitten möglich ist. Umsomehr aber erscheint es geboten, jeder weiteren Vermehrung der öffentlichen Ausgaben, auch wenn sie „zunächst" nur mäßige Mehraufwendungen verursacht, entschieden entgegenzutreten im gemeinsamen Interesse des ganzen Volkes, nicht zuletzt auch im wohlverstandenen Interesse der Beamtenschaft.

Letzte Nachrichten

München, 15. Februar. Vizekanzler v. Papen hat, wie die „Münchener Neuesten Nachrichten" melden, in einem an die Deutschnationale Volkspartei in Bayern gerichteten Brief die ihm angebotene Spitzenkandidatur für den Kampfblock Schwarz-Weiß-Rot in Südbayern angenommen.

Berlin, 15. Febr. Wie wir hören, hat der Reichstagspräsident eine Untersuchung über die Vorgänge im Ueberwachungsausschuß angeordnet. Er wird dafür Sorge tragen, daß in Zukunft ähnliche Vorfälle unterbleiben.

Berlin, 15. Febr. In Reinickendorf-Ost ist am Dienstag eine furchtbare Familientragödie aufgedeckt worden, die sich vermutlich schon Samstag ereignet hat. Der 38jährige stellungslose Büroangestellte Zaap tötete seine Frau und seine beiden Kinder, einen elfjährigen Knaben und ein 3½jähriges Mädchen, als sie im Schlafe lagen, und beging hierauf Selbstmord. Durch den Verwesungsgeruch aufmerksam gemacht, veranlaßten Nachbarn die Oeffnung der Wohnung. Die Frau war durch einen Schnitt in den Hals getötet, die Kinder waren erhängt. Zaap selbst hatte sich die Pulsadern geöffnet und dann in der Badestube erhängt.

Karthaus, 15. Febr. In Eggertshütte, Kreis Karthaus, veranstaltete der Deutsche Landbund dieser Tage sein Wintervergnügen. In den späten Abendstunden drangen plötzlich acht Polen unter Führung eines polnischen Lehrers in den Saal und begannen Streit. Der polnische Lehrer bedrohte die Anwesenden mit einem Revolver, die anderen Eindringlinge schlugen mit Totschlägern, Stühlen und Knüppeln auf die Deutschen ein. Etwa 40 Personen wurden verletzt, darunter einige schwer. Unter den Verletzten befinden sich auch zahlreiche Frauen. Dem Staatsanwalt ist Anzeige erstattet worden.

Budapest, 15. Februar. Nach einer Meldung aus Szegedin bewirtete in dem Walde bei Sandorfalva der Landwirt Stephan Momet, der sich auch mit dem Destillieren von Alkohol beschäftigte, eine Reihe von Holzhackern und Tagelöhnern im Walde mit seinem Erzeugnis, um ihnen Lust zum Ankauf zu machen. Nach dem Genuß des offenbar nicht einwandfreien Alkohols wurde eine große Anzahl der Leute unwohl und mußte in das Szegediner Krankenhaus gebracht werden. Hier sind bisher zwölf gestorben, während dreizehn in bedenklichem Zustand liegen.

Bukarest, 15. Febr. Die politische Polizei hat heute nacht in den wichtigsten Städten Rumäniens viele kommunistische Agitatoren verhaftet. In Constanza feuerte einer der Verhafteten mehrere Revolverschüsse auf die Polizisten ab. Ein Polizeikommissar wurde verletzt. Dann jagte sich der Täter eine Kugel ins Herz und starb nach einer Stunde im Krankenhaus. Später wurde festgestellt, daß der Selbstmörder Sowjetkurier und der Führer der kommunistischen Bewegung in Constanza war.

Triest, 15. Febr. In einer Mineralöl-Raffinerie ist am Mittwoch eine Sauerstoff-Flasche explodiert. Fünf Personen, darunter der stellvertretende Direktor des Unternehmens, haben den Tod gefunden. Sechs Personen sind verletzt worden.

„8 Uhr-Abendblatt" und „Vorwärts" verboten

Berlin, 15. Febr. Aufgrund der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze des deutschen Volkes vom 4. 2. 33 ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Vorwärts" mit sofortiger Wirkung bis zum 22. Februar 1933 einschließlich verboten worden. Dieses Verbot wird mit einem Artikel in der gestrigen Morgenausgabe des Blattes mit der Ueberschrift „Für Wahrheit / Der Blutsonntag in Eisleben" begründet.

Aufgrund der gleichen Verordnung ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Achtuhrabendblatt" mit sofortiger Wirkung bis zum 22. Februar 1933 einschließlich verboten worden. Begründet wird das Verbot mit einem Artikel in der gestrigen Ausgabe des Blattes über den politischen Zusammenstoß in Eisleben.

Untersuchung der Anklagen gegen die Osthilfe

Berlin, 15. Febr. (Eig. Meld.) Wie wir aus gutunterrichteter Quelle erfahren, bestätigt es sich, daß der Reichskommissar für die Osthilfe, Reichsminister Dr. Hugenberg, die Absicht hat, einen besonderen Ausschuß einzusetzen, der die Anklagen gegen die Handhabung der Osthilfe, die durch die Auflösung des Reichstages und seiner Ausschüsse nicht weiter verfolgt werden konnten, untersuchen soll, um festzustellen, ob und inwieweit die einzelnen Vorwürfe berechtigt sind. Es steht allerdings noch nicht fest, wann der Sonderausschuß, dem zweifellos auch parlamentarische Mitglieder angehören werden, zusammentreten wird. Das Ergebnis der Untersuchungen dieses Ausschusses soll sodann, wie wir erfahren, Grundlage eines besonderen Gutachtens sein.

Blühender Tauschhandel

In den Vereinigten Staaten ist angesichts der großen Wirtschaftsnot und des Fehlens jeglicher Arbeitslosenversicherung der Tauschhandel wieder in Schwung gekommen. Vor allem blüht er in den ländlichen Bezirken Amerikas. Da bieten Personen im Kaufladen für ein Dutzend Eier oder ein Pfund Fleisch ihre Dienste als Schneider usw. an. Ganze Familien sollen sich bei Farmern eingenistet haben, um lediglich für das Essen ohne jede Bargeldentschädigung in Haus und Hof mitzuarbeiten. In Kalifornien besorgen sich 200 000 Menschen durch tägliches Tauschen von Gütern und Diensten den Lebensunterhalt. Im ganzen soll es in den Vereinigten Staaten schon heute 140 Tauschbörsen geben. Sie erweisen sich als sehr wertvoll für Mittel- und Stellungslose. In Greenwich Village stellten Künstler ihre Werke auf den Bürgersteigen und Straßen aus, weil sie das Geld für Ausstellungshallen nicht aufbrachten. Sie gaben ihre Gemälde auch für Essen und Unterkunft her. So führt die Not der feindurchdachten kapitalistischen Wirtschaftsordnung zu den wirtschaftlichen Urformen des Tauschhandels zurück.

Flucht in die G. m. b. H.

Der Zwang, daß Aktiengesellschaften bis herunter zu einem Stammkapital von 500 000 RM. ihre Gesellschaftsberichte usw. übersichtlicher und offener darlegen, als es bisher oftmals der Fall war, hat dazu geführt, daß verschiedene Aktiengesellschaften sich mit dem Gedanken tragen, das äußere Kleid einer G. m. b. H. anzunehmen. Dies wird eigenartigerweise, wie die „Welt des Kaufmanns" soeben mitteilt, durch eine in der Bearbeitung befindliche Aktienrechtsreform erheblich erleichtert. Ob sich die Gesetzgeber bewußt sind, daß sie mit solchen Erleichterungen den Verschleierungskünstlern die Wege ebnen?

Katastrophale Lage der österreichischen Bundesbahnen

Wien, 15. Febr. Die Kassenlage der österreichischen Bundesbahnen hat sich derart verschlechtert, daß sie am nächsten Monatsende nicht in der Lage sein werden, ordnungsgemäß ihren Pensionsverpflichtungen nachzukommen. Welche Maßnahmen in diesem Zusammenhang ergriffen werden, ist noch nicht geklärt. Nachdem bekannt geworden war, daß Gewerkschaftsvertreter beim österreichischen Finanzminister wegen der Pensionszahlungen der Bundesbahnen vorstellig geworden waren, wurde vielfach die Behauptung aufgestellt, die Bundesbahnen seien gezwungen, die Zahlung der Pensionen überhaupt einzustellen. Wie die Verwaltung der Bundesbahnen mitteilt, entspricht dieses nicht den Tatsachen.

Aus Weit und Leben

Konkurrenz in der Sparsamkeit. Ein Oberst v. F., durch eine übergroße Sparsamkeit weithin bekannt, besuchte eines Abends einen guten Freund. Nachdem es sich beide bequem gemacht hatten und ihre Pfeifen angesteckt, löschte der Wohnungsinhaber das Licht aus mit der Begründung, es ließe sich bei diesen schlechten Zeiten ebenso schön im Dunkeln plaudern. Er tat es mit heimlicher Schadenfreude und auch, um zu zeigen, daß er seinen Besucher noch an Sparsamkeit übertreffen könne. Doch wie groß war seine Verblüffung, als später das Licht wieder angezündet wurde. Da saß der würdige Herr Oberst ohne Beinfutterale auf seinem Stuhle. Er hatte sie ausgezogen, um sie zu schonen.

Humor

Federmann im Manöver

Von Federmann gehen alle Schnurren aus. Vor dem Kriege ist er Einjähriger im Infanterie-Regiment Nr. — gewesen. Eben ist er im Manöver. Es ist mitten im Großkampf. Da kommt der General der blauen Armee herangeritten. Er sieht Federmann. „Einjähriger", ruft er, „können Sie gut klettern?" — „Jawohl", sagt Federmann. — „Dann klettern Sie auf die Pappel dort", befiehlt der General, „und sehen Sie nach, wie viele feindliche Maschinengewehre sich hinter dem Hügel eingenistet haben." — „Jawohl", schlägt Federmann die Hacken zusammen, macht kehrt, geht an die Pappel und klettert. Endlich ist er oben. „Na?" fragt der General. „Was sehen Sie?" — „Gar nichts", sagt Federmann. „Aber wie denn?" schreit der General. „Weshalb sehen Sie denn nichts?" — „Weil ich", schreit Federmann zurück, „weil ich kurzsichtig bin."

Buchbesprechungen

Gemeinderecht in Württemberg. Das in fünf Auflagen bei zahlreichen Behörden und bei vielen Gemeinderäten des Landes verbreitete Buch „Der Gemeinderat in Württemberg" hat soeben seine 6. Auflage erlebt und ist, stark bereichert, nun unter dem umfassenden Titel „Gemeinderecht in Württemberg" erschienen. Der Hauptvorzug des Werkes, d. h. die den Gesetzestexten vorangestellte, umfassende gemeinverständliche Darstellung ist geblieben, erweitert, vertieft und auf den neuesten Stand der Gesetzgebung gebracht. Der Textteil enthält neben der Gemeindeordnung nicht nur die vollständige Vollzugsverordnung, sondern überdies auch noch die Gemeindewahlordnung, die Landessteuerordnung und das Gemeindesteuergesetz; letzteres in der allerneuesten Fassung mit der erst kürzlich Gesetz gewordenen Filialsteuer. Ein praktisches Nachschlageregister erleichtert die Benützung des Buches, das sicher bei staatlichen wie Kommunalbehörden, auf den Rathäusern und bei den Gemeinderäten der Städte und Gemeinden wie seine Vorgänger begrüßt wird. Der ungewöhnlich billige Preis des 400 Seiten starken, in Leinen gebundenen Buches, ist eine besondere Leistung des Verlags. Das Buch kostet nur RM. 3.50. Zu beziehen durch unsere Buchhandlung.

Technik für Alle

Monatshefte für Technik und Industrie

12 reichillustrierte Hefte und 4 kostenlose Bücher im Jahr.

Bezugspreis RM. 2.25 im Vierteljahr.

Zu beziehen durch die C. Meeh'sche Buchhandlung, Neuenbürg.

Eine Zeitschrift, die belehrt und unterhält!

Die Kirchensteuer 1932

ist jetzt im vollen Betrag verfallen. Wir bitten um Begleichung der Kirchensteuer **bis 28. Februar ds. Js.**, damit Weiterungen vermieden werden.

Neuenbürg, 15. Februar 1933.

Evang. Kirchengemeinderat.

Sonntag, 19. Februar, abends 8 Uhr,

Gemeinde-Abend

im Gemeindehaus mit Vortrag von Studiendirektor Dr. Feiler:

„Geschichten aus Alt-Neuenbürg".

Die Gemeinde ist herzlich eingeladen.

Neuenbürg, 15. Februar 1933.

Dekan Dr. Megerlin.

Hochzeits-Karten

liefert schnellstens C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Neuenbürg.

Deutscher

Schäferhund,

Rüde, prima Wach- und Begleithund, hat preiswert abzugeben, evtl. zu vertauschen

A. Mayer, Hafnersteige 17.

Holzkaufzettel

vorrätig in der

C. Meeh'schen Buchhdlg.

Es gibt 100 Reklamen!

Erfolg

von Dauer bringt nur die

Zeitungsanzeige

Schwäbischer Merkur Stuttgart

Regelmäßige Beilagen: Sonntagsbeilage / Bunte Ernte Frauenzeitung / Sport und Spiel / Technischer Merkur Reise und Rast / Heer und Wehr / Führende Handelszeitung / Das Blatt des anspruchsvollen Zeitungslesers Bestellungen nehmen die Postämter entgegen

Anerkannte Erfolge für Anzeigen aller Art